

Kanzlei – Info 06/2002

Rechtsanwalt Hans Jürgen Kotz

Fachanwalt für Arbeitsrecht

Siegener Straße 104 ~ 57223 Kreuztal

Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Verfasser: Christian Kotz, Ref. iur., Doktorand der Rechtswissenschaften

In diesem Monat erläutere ich Ihnen:

- Reiserecht – Minderung von Reisemängeln / In welcher Höhe? (auf Seite 1 f.)
- Aus der Politik: Bundesrat billigt Altfahrzeuggesetz (auf Seite 6)
- Aus der Politik: Rentenerhöhung um 2,16 % zum 01.07.2002 (auf Seite 7)
- interessante Urteile – Kurz notiert (auf Seite 7 ff.)
- Humor: Streit um einen Sauerbraten für 7 Euro (auf Seite 10)

Reiserecht:

I. Allgemein:

1. Wenn Sie Ansprüche gegen den Reiseveranstalter geltend machen wollen, muss ein Reisemangel vorliegen. Hierzu enthält § 651c Absatz 1 BGB eine Regelung:

“Der Reiseveranstalter ist verpflichtet, die Reise so zu erbringen, dass sie die zugesicherten Eigenschaften hat und nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen (= allgemein erwarteten) oder nach dem Vertrage vorausgesetzten (= einzelvertraglich vereinbarten) Nutzen aufheben oder mindern.” Weicht die Reise hiervon ab, spricht man von einem (Reise-)Mangel. Dabei kommt es immer darauf an, ob die Reise insgesamt mangelhaft ist. Dies kann schon der Fall sein, wenn einzelne Reiseleistungen Mängel aufweisen. Ob eine Reise mangelhaft ist, zeigt der Vergleich der Leistungen, die der Veranstalter der Reise nach dem Reisevertrag schuldet mit den tatsächlich von ihm erbrachten Leistungen.

2. Von Reisemängeln zu unterscheiden sind bloße Unannehmlichkeiten, die der Reisende unter Umständen hinzunehmen hat. Unannehmlichkeiten stellen zum Beispiel unvermeidliche Begleiterscheinungen des Massentourismus (z.B. überfüllte Hotels, Lokale und Strände in der Hochsaison) oder landestypische Verhältnisse am Urlaubsort (z.B. andere Hygienevorstellungen) dar.

3. In einer fast unüberschaubaren Fülle von Entscheidungen haben sich die Gerichte bisher zu der Frage geäußert, ob in Einzelfällen Reisemängel vorliegen. Da die Werte, um die zwischen Veranstaltern und Reisenden prozessiert wird, die Grenze von 5.000 € selten übersteigen, werden die meisten Prozesse vor den Amtsgerichten und im Berufungsfall vor den Landgerichten (Eingangsstreitwert 5.000,01 Euro) ausgetragen. Dies hat leider zur Folge, dass es eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung durch oberinstanzliche Urteile kaum gibt und daher immer der Einzelfall genau zu betrachten ist.

4. a. Wenn ein Reisemangel auftritt, muss der Reisende, bevor er sonstige Ansprüche, z.B. Minderung des Reisepreises geltend machen kann, zunächst vom Reiseveranstalter gem. § 651c BGB Abhilfe, also Beseitigung des Mangels verlangen. Der Veranstalter ist gem. § 7 InfVO verpflichtet, das Abhilfeverlangen entgegen zu nehmen, dafür geeignete Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen und diese dem Reisenden rechtzeitig vor Reisebeginn mitzuteilen.

Ansprechpartner sind in der Regel: die örtliche Reiseleitung, die Zentrale des Veranstalters oder eine sonstige vom Veranstalter benannte Kontaktstelle. Ist keine dieser Stellen so rechtzeitig erreichbar, dass der Mangel behoben werden kann, kann Abhilfe auch vom jeweiligen Hotel etc., bzw. dessen Vertretern verlangt werden.

b. Eine bestimmte Form für das Abhilfeverlangen, etwa eine Schriftform, schreibt § 651 c BGB nicht vor. Sie kann auch vom jeweiligen Veranstalter nicht verlangt werden. Es ist aber trotzdem ratsam, das Abhilfeverlangen schriftlich, zumindest aber unter Zeugen zu stellen, weil der Reisende dafür, dass er Abhilfe verlangt hat, später im Prozess oder bei Verhandlungen mit dem Reiseveranstalter hierfür beweispflichtig ist.

c. Der Reisende sollte dem Veranstalter, bzw. dessen Vertretern für die Beseitigung des Mangels eine angemessene Frist setzen. Denn davon hängt das Recht des Reisenden ab, nach ergebnislosem Fristablauf den Mangel selbst zu beseitigen bzw. beseitigen zu lassen oder den Reisevertrag zu kündigen. Die dem Veranstalter gesetzte Frist muss angemessen sein, sie muss ihm mithin die realistische Möglichkeit zu einer Abhilfe geben. Wie lang die Frist sein muss, richtet sich deshalb nach dem jeweiligen Einzelfall.

d. Wenn die Reise im Sinne des § 651c Abs. 1 BGB mangelhaft ist, mindert sich der Reisepreis für die Dauer des Mangels nach § 638 Abs. 3 BGB. Die Minderung erfolgt in der Weise, dass der Wert der mangelhaften Reise ins Verhältnis zu einer mangelfreien Reise gesetzt wird. Hieraus erfolgt die Höhe der Minderung. In der Regel wird die Höhe der Minderung aber durch den Richter gem. § 638 Abs. 3 S. 2 BGB geschätzt.

II. Die Frankfurter Tabelle:

Da im Raum Frankfurt am Main sehr viele deutsche Reiseunternehmen ihren Hauptsitz haben, muss sich das Landgericht Frankfurt sehr häufig mit Streitigkeiten aus dem Reiserecht auseinandersetzen. Es hat daher zur Vereinfachung und Vereinheitlichung die sog. „Frankfurter Tabelle“ entwickelt. Diese wird vom LG Frankfurt bei Streitigkeiten aus dem Reiserecht zur Berechnung von Reisepreisminderungen angewendet. Diese Tabelle bindet andere Gerichte in der BRD jedoch nicht. Trotzdem kann die Tabelle als eine Art Leitlinie angesehen werden, da sich die meisten anderen Gerichte in Deutschland über diese Tabelle Anregungen und Anhaltspunkte holen.

Anmerkung: Bitte beachten Sie bitte den Punkt III. „Wie ist die Frankfurter Tabelle zu benutzen“ auf Seite 4 f.!

1. Unterkunft (= Gruppe I):

Leistung/Mangel	Prozent	Anmerkung
Abweichung von dem gebuchten Objekt	10-25	je nach Entfernung
Abweichende örtliche Lage (Strandentfernung)	5-15	
Abweichende Art der Unterbringung im gebuchten Hotel (Hotel statt Bungalow, abweichendes Stockwerk)	5-10	
Abweichende Art der Zimmer:		
- DZ statt EZ	20	
- Dreibettzimmer statt EZ	25	
- Dreibettzimmer statt DZ	20-25	Entscheidend, ob Personen der gleichen Buchung oder unbekannte Reisende zusammen gelegt werden
- Vierbettzimmer statt DZ	20-30	Entscheidend, ob Personen der gleichen Buchung oder unbekannte Reisende zusammen gelegt werden
Mängel in der Ausstattung des Zimmers:		
- zu kleine Fläche	5-10	
- fehlender Balkon	5-10	bei Zusage/je nach Jahreszeit
- fehlender Meerblick	5-10	bei Zusage
- fehlendes (eigenes) Bad/WC	15-25	bei Buchung
- fehlendes (eigenes) WC	15	
- fehlende (eigene) Dusche	10	bei Buchung
- fehlende Klimaanlage	10-20	bei Zusage
- fehlendes Radio/TV	5	bei Zusage
- zu geringes Mobiliar	5-15	
- Schäden (Risse, Feuchtigkeit etc.)	10-50	
- Ungeziefer	10-50	
Ausfall von Versorgungseinrichtungen:		
- Toilette	15	
- Bad/Warmwasserboiler	15	
- Stromausfall/Gasausfall	10-20	
- Wasser	10	
- Klimaanlage	10-20	je nach Jahreszeit
- Fahrstuhl	5-10	je nach Etage
Service:		
- vollkommener Ausfall	25	
- schlechte Reinigung	10-20	
- ungenügender Wäschewechsel (Bettwäsche, Handtücher)	5-10	
Beeinträchtigungen:		
- Lärm am Tage	5-25	
- Lärm in der Nacht	10-40	
- Gerüche	5-15	
Fehlen der (zugesagten) Kureinrichtungen (Thermalbad, Massage)	20-40	je nach Art der Projektzusage (z.B. „Kururlaub“)

2. Verpflegung (= Gruppe II):

Leistung/Mangel	Prozent	Anmerkung
Vollkommener Ausfall	50	
Inhaltliche Mängel:		
- Eintöniger Speisezettel	5	
- Nicht genügend warme Speisen	10	
- Verdorbene (ungenießbare) Speisen	20-30	
Service:		
- Selbstbedienung (statt Kellner)	10-15	
- Lange Wartezeiten	5-15	
- Essen in Schichten	10	
- Verschmutzte Tische	5-10	
- Verschmutztes Geschirr, Besteck	10-15	
Fehlende Klimaanlage im Speisesaal	5-10	bei Zusage

3. Transport (= Gruppe III):

Leistung/Mangel	Prozent	Anmerkung
Zeitlich verschobener Abflug über 4 Stunden hinaus	5	des anteiligen Reisepreises für einen Tag für jede weitere Stunde
Ausstattungsängel:		
- Niedrigere Klasse	10-15	
- Erhebliche Abweichung vom normalen Standard	5-10	
Service:		
- Verpflegung	5	
- Fehlen der in der Flugklasse üblichen Unterhaltung (Radio, Film, etc.)	5	
Auswechslung des Transportmittels		der auf die Transportverzögerung entfallende anteilige Reisepreis
Fehlender Transfer vom Flugplatz (Bahnhof) zum Hotel		Kosten des Ersatztransportmittels

4. sonstige Mängel (= Gruppe IV):

Leistung/Mangel	Prozent	Anmerkung
Fehlender oder verschmutzter Swimmingpool	10-20	bei Zusage
Fehlendes Hallenbad:		bei Zusage – soweit nach Jahreszeit benutzbar
- bei vorhandenem Swimmingpool	10	
- bei nicht vorhandenem Swimmingpool	20	
Fehlende Sauna	5	bei Zusage
Fehlender Tennisplatz	5-10	bei Zusage
Fehlendes Mini-Golf	3-5	bei Zusage
Fehlende Segelschule, Surfschule, Tauchschule	5-10	bei Zusage
Fehlende Möglichkeit zum Reiten	5-10	bei Zusage
Fehlende Kinderbetreuung	5-10	bei Zusage
Unmöglichkeit des Badens im Meer	10-20	je nach Prospektbeschreibung und zumutbarer Ausweichmöglichkeit
Verschmutzter Strand	10-20	bei Zusage
Fehlende Strandliegen, Sonnenschirme	5-10	je nach Ersatzmöglichkeit
Fehlende Snack- oder Strandbar	0- 5	bei Zusage
Fehlender FKK-Strand	10-20	Bei Zusage
Fehlendes Restaurant oder Supermarkt	10-20	bei Zusage/je nach Ausweichmöglichkeit
- bei Hotelverpflegung	0-5	
- bei Selbstverpflegung	10-20	
Fehlende Vergnügungseinrichtungen (Disco, Kino, etc.)	5-15	bei Zusage
Fehlende Boutique oder Ladenstraße	0- 5	je nach Ausweichmöglichkeit
Ausfall von Landausflügen bei Kreuzfahrten	20-30	des anteiligen Reisepreises je Tag des Landausfluges
Fehlende Reiseleitung:		
- bloße Organisation	0-5	
- bei Besichtigungsreisen	10-20	
- bei Studienreisen mit wissenschaftlicher Führung	20-30	bei Zusage
Zeitverlust durch notwendigen Umzug:		anteiliger Reisepreis für
- im gleichen Hotel	½ Tag	
- in anderes Hotel	1 Tag	

III. Wie ist die „Frankfurter Tabelle“ zu benutzen?

Folgende Punkte müssen bei der Berechnung des Minderungsbetrages beachtet werden:

1. Geringfügige Beeinträchtigungen bleiben außer Betracht!
2. Die Höhe des Prozentsatzes richtet sich bei Rahmensätzen nach der Intensität der Beeinträchtigung. Diese ist in der Regel unabhängig von den Eigenschaften des einzelnen Reisenden (Alter, Geschlecht, besondere Empfindlichkeit, besondere Unempfindlichkeit).
 - a. Bei besonderen Umständen eines Reisenden, die dem Reiseveranstalter bei Buchung bekannt waren, kann bei erheblicher Beeinträchtigung der einzelne Höchstsatz um 50% steigen.
 - b. Bei Mängeln der Gruppe IV entfällt eine Minderung, wenn eine Beeinträchtigung für den Reisenden offenkundig oder nachweisbar nicht gegeben war.
3. Der Prozentsatz wird grundsätzlich vom Gesamtreisepreis (also auch Transportkosten) erhoben.

a. Soweit Beeinträchtigungen während der Reisedauer nur zeitweilig auftreten, wird Minderung nur auf den entsprechenden Anteil angewandt. Gleiches gilt, wenn die Gewährleistungspflicht des Reiseveranstalters wegen schuldhaft unterlassener Anzeige des Mangels (§ 651 d Abs. 2 BGB) oder wegen Nichtannahme eines zumutbaren Ersatzangebots entfällt.

b. Bei kleineren Mängel bis höchstens 10% kann der Prozentsatz auf den Aufenthaltspreis angesetzt werden, wenn durch die Mängel der Reiseablauf nicht wesentlich verändert wurde.

c. Bei zusammengesetzten Reisen, von denen mindestens ein Reisetil getrennt gebucht werden kann, ist die Minderung in der Regel aus dem Preis für den Reisetil zu berechnen, auf den die Mängel entfallen.

4. a. Bei Vorliegen mehrerer Mängelpositionen werden die Prozentsätze addiert.

Ist Gegenstand des Vertrages die Unterkunft und Vollpension, so gelten folgende Gesamtprozentsätze für eine Leistungsgruppe als Obergrenze: Gruppe I (Unterkunft) 50%; Gruppe II (Verpflegung) 50%; Gruppe III (Transport) 20%; Gruppe IV (Sonstiges) 30%.

b. Ist Gegenstand des Vertrages die Unterkunft und Halbpension, erhöhen sich die Sätze der Gruppe I um 25% und vermindern sich die Sätze der Gruppe II um 25%. Dabei dürfen folgende Gesamtprozentsätze innerhalb einer Leistungsgruppe **nicht** überschritten werden: Gruppe I (Unterkunft) 62,5% ; Gruppe II (Verpflegung) 37,5%; Gruppe III (Transport) 20%; Gruppe IV (Sonstiges) 30%.

c. Ist Gegenstand des Vertrages die Unterkunft mit Frühstück, so erhöhen sich die Sätze der Gruppe I um 66,6% und vermindern sich die Sätze der Gruppe II um 66,6%. Dabei dürfen folgende Gesamtprozentsätze innerhalb einer Leistungsgruppe nicht überschritten werden: Gruppe I (Unterkunft) 83,3%; Gruppe II (Verpflegung) 16,7%; Gruppe III (Transport) 20%; Gruppe IV (Sonstiges) 30%.

d. Ist Gegenstand des Vertrages nur die Unterkunft so erhöhen sich die Sätze der Gruppe I um 100%; im Einzelfall kann der Gesamtprozentsatz der Gruppe I bis 100% gehen. Für die Gruppe III verbleibt es beim Gesamtprozentsatz von 20%, für die Gruppe IV beim Gesamtprozentsatz von 30%.

5. Ist die Reise in ihrer Gesamtheit durch Mängel einzelner Reiseleistungen oder durch Pflichtverletzungen des Reiseveranstalters schuldhaft erheblich beeinträchtigt worden, so können die Minderungssätze bis zum vollen Reisepreis steigen (§ 651 f Abs. 2 BGB).

6. Sonstiges:

Eine Kündigung nach § 651 e Abs. 1 BGB kommt nur in Betracht, wenn Mängel von mindestens 20% vorliegen. Hierbei ist bei einer Kündigung nach Fristsetzung (§ 651 e Abs. 2 S. 1 BGB) auf die nicht fristgerecht behobenen Mängel, bei einer sofortigen Kündigung (§ 651 e Abs. 2 S. 2 BGB) auf die bei Abgabe der Kündigungserklärung vorliegenden Mängel abzustellen.

§ 651 e Abs. 2 BGB in Form eines Ersatzurlaub kommt in der Regel nur in Betracht, wenn nicht fristgerecht behobene Mängel mit einem Gesamtgewicht von mindestens 50% vorliegen.

IV. Einige ausgewählte Einzelfallentscheidungen:

„all inclusive“: Lärm & Insektenstiche:

LG Köln - Az.: 3071/96: Pauschalreisende müssen kleinere Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen. Keine Entschädigung gibt es nach Ansicht des LG Köln für starken Lärm am Strand und im Hotel, sowie Beeinträchtigungen durch Insektenstiche. Da der Reiseveranstalter im Prospekt auf vielfältige Unterhaltungsmöglichkeiten wie Disco, Folklore in dem „all-inclusive-Angebot“ in der Dominikanischen Republik hingewiesen hat, sei der Lärm „oft typisch und Ausdruck von Freude und Lebenslust“. Auch mit Insektenstichen müsse man in fremden Ländern rechnen.

Arzt: Ferienclubs brauchen keinen zu stellen:

LG Frankfurt/Main – Az.: 24 S 195/96: Urlauber können in einem Ferienclub keinen ärztlichen Notdienst erwarten. Unabhängig von deren Qualität muss die ärztliche Versorgung des Reiselandes genügen.

Benehmen (schlechtes) der übrigen Reisenden kein Reisemangel!

AG Hamburg – Az.: 9 C 23343/94: Urlauber in einem Ein-Sterne-Hotel müssen sich im Hotelrestaurant von Mitreisenden gefallen lassen, wenn Gäste in Badekleidung zum Essen erscheinen, Körpergeruch ausströmen und rülpsen.

Doppelzimmer muss mind. 12 qm groß sein!

AG Bad Homburg – Az.: 2 C 4549/93: Ein Doppelzimmer muss mindestens zwölf Quadratmeter groß sein. Misst das Bett zudem nur 1,20 Meter in der Breite, stellt dies einen weiteren Reisemangel dar.

Hotelstandards in Katalogen:

AG Düsseldorf – Az.: 33 C 21664/94: Eine geringe Abweichung des Hotelstandards von der Katalogbeschreibung

berechtigt zur Minderung des Reisepreises, wenn nachgewiesen werden kann, dass die fehlende Einrichtung - hier Sport und Spielmöglichkeiten - tatsächlich genutzt worden wäre.

Hotelwechsel ist oft ein Reisemangel!

AG Stuttgart - Az.: 9 C 12733/94: Muss ein Urlauber wegen Überbuchung umquartiert werden, hat er auch dann Anspruch auf Preisminderung, wenn das Ersatzhotel von der Lage und Ausstattung her mit dem ursprünglich gebuchten Hotel gleichwertig ist, da jedes Hotel unterschiedlich ist.

Kindergarten gehört dazu:

LG Frankfurt/Main - Az.: 2/24 S 11/96: Wenn der Kindergarten eines Ferienclubs entgegen dem Katalogangebot geschlossen ist und die Mutter, die für sich verschiedene Freizeitaktivitäten gebucht hatte, sich konstant selbst um das Kind kümmern muss, kann der Reisepreis um 25 % gemindert werden.

Liegestuhl: Kein Recht darauf:

LG Kleve - Az.: 6 S 31/96: Urlauber haben keinen Rechtsanspruch auf einen Liegestuhl am Hotelschwimmbecken; der Reiseveranstalter sei nicht verpflichtet, jedem Urlauber jederzeit einen Sonnenschirm und eine Liege zur Verfügung zu stellen.

Magenvergiftung ist Reisemangel!

LG Frankfurt - Az.: 2/24 S 103/94: Muss ein Pauschalurlauber wegen eines verdorbenen Essens mit einer Magenvergiftung ins Krankenhaus, ist der Veranstalter verpflichtet, dem Kunden den kompletten Reisepreis zu erstatten und zusätzlich 50 Mark pro Tag für vergeudete Urlaubszeit zu zahlen.

Massenabfertigung beim Essen:

LG Kleve - Az.: 6 S 34/96: In der Hauptreisezeit müssen Urlauber im Speisesaal eines Mittelklassehotels eine „Massenabfertigung“ bei den Mahlzeiten hinnehmen. Das Abendessen diene in einem solchen Haus in erster Linie der Nahrungsaufnahme. Es besteht kein Anspruch auf eine „ruhige und erholsame Atmosphäre“ beim Abendessen. Im Zuge des Massentourismus ist es nach Ansicht des Gerichts nicht einmal zu beanstanden, wenn Mahlzeiten in mehreren Schichten serviert und die Tische dazwischen nicht abgewischt würden oder neue Tischtücher erhalten.

„Meerblick“ nicht „Meerseite“:

AG München - Az.: 52 C 21796/97: Bucht eine Urlauberin ein Hotelzimmer mit Meerblick, ist jedoch der Blick auf das Meer (auf Mauritius) durch einen Palmenhain verdeckt, so hat ihr der Reiseveranstalter 75 % des für den Meerblick aufgewandten Aufpreises zurückzuzahlen.

Reisemangel Renovierung:

AG Bad Homburg - Az.: 2C2428/96-18: Wenn im Hotel vom frühen Morgen bis in die Abendstunden Handwerker mit Renovierungsarbeiten beschäftigt sind, haben Urlauber Anspruch auf Minderung des Reisepreises von 20 %.

Aus der Politik:**I. Bundesrat billigt Altfahrzeuggesetz:**

Der Bundesrat hat am 31.05.2002 dem „Altfahrzeuggesetz“ zugestimmt. Autobauer und -importeure sind hiernach ab dem Jahr 2007 verpflichtet, Altautos unentgeltlich zurückzunehmen und umweltfreundlich zu entsorgen. Für Neuwagen gilt dies bereits ab 01.07.2002. Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie über Altfahrzeuge in nationales Recht umgesetzt.

Die Letzthalter von Altfahrzeugen sollen fortan die Möglichkeit haben, diese unentgeltlich an den Hersteller zurückgeben zu können. Für bereits im Verkehr befindliche Fahrzeuge soll dies erst ab dem Jahre 2007 gelten. Hersteller und Importeure von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen sollen künftig bei Neufahrzeugen dazu verpflichtet sein, Altfahrzeuge zurückzunehmen und zu verwerten.

Ab dem 01.07.2003 sieht das Gesetz ferner ein grundsätzliches Verbot dafür vor, Fahrzeuge und Bauteile in Verkehr zu bringen, die die Schwermetalle Cadmium, Quecksilber, Blei und sechswertiges Chrom enthalten.

II. Renten steigen in den alten Bundesländern um 2,16 % zum 01.07.2002:

Der Bundesrat hat am 31.05.2002 der geplanten Rentenerhöhung zugestimmt. Zum 01.07.2002 steigen die Renten im alten Bundesgebiet um 2,16 % und in den „neuen“ Bundesländern um 2,89 %. Die Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und die Renten der Landwirte steigen im selben Umfang. Mit der Rentenerhöhung nach der Rentenanpassungsverordnung 2002 erreicht ein Rentner im Westen nach 45 Versicherungsjahren bei einem Durchschnittseinkommen eine Standardrente von 1.164 Euro, im Osten von 1.022 Euro. Die Standardrente Ost beträgt damit 87,78 % der vergleichbaren Standardrente West.

Interessante Urteile – Kurz notiert!**I. Arbeitslosenhilfe trotz angesparten Vermögens!****Berliner LSG (=Landessozialgericht) – Urteil vom 31.05.2002**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Wer für das Alter Geld gespart hat, kann trotzdem Arbeitslosenhilfe bekommen.

Sachverhalt: Eine Berlinerin wollte einen Bescheid des Arbeitsamtes nicht hinnehmen, der durch Anrechnung des Familienvermögens 1999 zur Streichung der Bezüge geführt hatte. Das Arbeitsamt hatte argumentiert, die Frau sei nicht bedürftig, und Freibeträge seien weit überschritten. Es sei zumutbar, das private Vermögen auch des Mannes für die Lebenssicherung der Ehefrau heranzuziehen.

Entscheidungsgründe: Das sah das Landessozialgericht anders und bestätigte damit eine Entscheidung der Vorinstanz. Das Landesarbeitsamt erkennt das Urteil an. Es muss nun nachzahlen. Die Klägerin hat glaubhaft gemacht, dass das von ihr und ihrem Ehemann gesparte Vermögen von über 100.000 DM (ca. 51.000 Euro) ausschließlich zur Alterssicherung bestimmt ist.. Dafür spricht, nach Ansicht des Gerichts, dass das Geld - obwohl teilweise als Termingeld angelegt - über Jahre nicht angetastet worden ist. Hinzu kommt das Alter der Frau kurz vor dem Ruhestand. Deshalb kann das Gesparte bei den Sozialbezügen nicht voll angerechnet werden.

Hinweis: Nach einer seit Jahresbeginn gültigen Arbeitslosenhilfe-Verordnung gilt, dass pro Lebensjahr 520 Euro vom Vermögen nicht angerechnet werden dürfen. Damit stellt sich dieses Problem in der Regel nicht mehr.

II. Offene Terrassentür kann bei Diebstahl Versicherungsschutz kosten!**OLG Frankfurt – Az.: 7 U 15/01 – Urteil vom 17.10.2001**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Eine geöffnete Terrassentür kann auch dann den Versicherungsschutz kosten, wenn der Wohnungsinhaber während des Diebstahls zwar anwesend ist, sich aber aus Angst versteckt. Die Versicherung muss nicht zahlen, wenn nach dem Versicherungsvertrag lediglich bei erschwertem Diebstahl oder Raub Versicherungsschutz besteht.

Entscheidungsgründe: Diese Voraussetzungen sind nach Ansicht des OLG bei offen stehender Terrassentür auch dann nicht erfüllt, wenn sich der Wohnungsinhaber versteckte und daher von den Tätern erst gar nicht bemerkt werde. Das Gericht wies mit seinem grundlegenden Urteil die Zahlungsklage einer Hauseigentümerin gegen deren Hausratversicherung ab. Nach den Feststellungen des Gerichts waren

mehrere Täter über die offene Terrassentür in das Haus gelangt. Die Klägerin hatte die Diebe zwar bemerkt, sich aber aus Angst versteckt.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/terrassentuer.htm>

III. Urlaubsgeld trotz Erlöschen des Urlaubsanspruchs?

Bundesarbeitsgericht - Az.: 9 AZR 436/00 - Urteil vom 13.11.2001

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Ein Arbeitnehmer hat nach dem „Tarifvertrag - Sonderleistungen“ auch dann einen Anspruch auf das Urlaubsgeld, wenn er infolge krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit keine tatsächliche Arbeitsleistung erbracht hat und ihm deshalb kein Urlaub gewährt werden konnte.

Sachverhalt: Gegenstand des Rechtsstreits war die Frage, ob der Arbeitgeber verpflichtet war, der Klägerin das Urlaubsgeld für das Jahr 1998 auszuzahlen, obwohl sie das ganze Jahr krank war und deshalb ihren Jahresurlaub nicht nehmen konnte. Das Landesarbeitsgericht hatte zu Gunsten des Arbeitgebers einen solchen Anspruch verneint.

Entscheidungsgründe: Das Bundesarbeitsgericht hat der Revision der Klägerin stattgegeben. Denn der Anspruch auf Urlaubsgeld war ebenso wie der Urlaubsanspruch gemäß § 2 Nr. 1 TV Sonderleistungen mit Beginn des Jahres 1998 entstanden. Zwar war der Anspruch auf Urlaub wegen Zeitablauf erloschen, aber dies hatte nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts keinen Einfluss auf den Urlaubsgeldanspruch. Eine diesbezügliche Abhängigkeit hätte, wenn sie gewollt wäre, von den Tarifvertragsparteien ausdrücklich vereinbart werden müssen. Weil dies nicht geschehen war, hat die Klägerin ihren Anspruch auf Urlaubsgeld nach § 2 Nr. 6 S. 2 TV Sonderleistungen nicht verloren.

IV. Rotlichtverstoß bei Umfahren einer Ampelanlage!

OLG Hamm – Az.: 2 Ss OWi 222/02 - Urteil vom 25.04.2002 – rechtskräftig!

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Wird eine Lichtzeichenanlage auf dem Gehweg „innerhalb des durch sie geschützten Bereichs“ umfahren, begeht man einen Rotlichtverstoß, wenn man unmittelbar nach dem Umfahren wieder auf die Fahrbahn zurückkehrt.

Sachverhalt: Der Täter näherte sich mit seinem Mofa der Lichtzeichenanlage einer Kreuzung um nach rechts abzubiegen. Die Lichtzeichenanlage zeigte Rotlicht. Der Täter fuhr über den abgesenkten Bordstein auf den Gehweg und auf diesem rechts an der Ampelanlage vorbei und bog nach rechts ab. Hier fuhr er zunächst noch auf dem Gehweg weiter, um dann wieder auf die Fahrbahn aufzufahren.

Das AG hat den Täter u.a. wegen eines vorsätzlichen Rotlichtverstoßes in Tateinheit mit unzulässigem Befahren eines Gehwegs verurteilt und außerdem ein Fahrverbot von einem Monat festgesetzt.

Entscheidungsgründe: Es liegt das typische „Umfahren einer Lichtzeichenanlage unter Benutzung eines Gehwegs“ vor, dass als Rotlichtverstoß angesehen wird. Lediglich das Umfahren außerhalb des durch die Lichtzeichenanlage geschützten Bereiches stellt keinen Rotlichtverstoß nach § 37 Abs. 2 StVO, sondern ggf. nur einen Verstoß gegen § 2 Abs. 1 StVO dar. Zu dem durch die Lichtzeichenanlage geschützten

Bereich gehört aber nicht nur die eigentliche Fahrbahn, sondern auch der Gehweg, wenn der Fahrzeugführer nach Umfahren der Lichtzeichenanlage wieder auf die Fahrbahn zurückkehrt.

**V. Sachverständigengutachten und Bagatellgrenze von 750 Euro:
AG Mainz – Az.: 88 C 195/01 - Urteil vom 05.10.2001**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Nur bei für einen Laien erkennbarer Geringfügigkeit eines Verkehrsunfallschadens (Schäden unter 1.500 DM [bzw. 750 Euro]), muss von der Einschaltung eines Sachverständigen abgesehen werden. Bei einem Auffahrunfall mit Heckbeschädigungen kann ein Laie regelmäßig nicht beurteilen, ob die Bagatellgrenze von 1.500 DM (bzw. 750 Euro) unterschritten ist.

Sachverhalt und Entscheidungsgründe: Nach einem Auffahrunfall war streitig, ob die beklagte Versicherung auch die Kosten für das Schadensgutachten zu erstatten hat. Die Reparaturkosten beliefen sich auf nur 1.390,36 DM netto. Das AG hat dem Kläger den Ersatz der Sachverständigenkosten (knapp 450 DM netto) zugesprochen. Die Geringfügigkeitsgrenze für die Statthaftigkeit der Beauftragung eines Sachverständigen liegt bei 1.500 DM. Diese Grenze gilt nach Ansicht des Gerichts jedoch nur für offensichtlich oberflächliche Schäden (z.B. an Blech, Zierleisten oder Außenspiegel). Anders verhält es sich aber **bei möglichen verdeckten Schäden**. Davon ist **typischerweise bei einem Auffahrunfall auszugehen**. Hier muss auch bei nur leichten Schäden an den sichtbaren Teilen, z.B. am Stoßfänger, mit erheblichen Verformungen und Verstauchungen unsichtbarer Teile, etwa im Bereich des Kofferraums, gerechnet werden.

**VI. Eine Gewinnzusage einer Katalogfirma ist verbindlich!
LG Potsdam – Az.: 4 O 467/00 – Urteil vom 29.05.2002**

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): „Ein Unternehmer, der Gewinnzusagen oder vergleichbare Mitteilungen an Verbraucher versendet und durch die Gestaltung dieser Zusagen den Eindruck erweckt, dass der Verbraucher einen Preis gewonnen hat, hat dem Verbraucher diesen Preis zu leisten“ (§ 661a BGB). Die internationale Zuständigkeit der deutschen Gerichte ist in solchen Fällen gegeben und deutsches Recht ist anzuwenden.

Sachverhalt: Ein niederländischer Katalogversand hatte der Klägerin einen Warenkatalog übersandt. Beigefügt war ein persönlich adressiertes Schreiben, in dem ihr zum Gewinn von ca. 33.000 Euro (65.000 DM) sowie eines Markengeschirrspülers oder weiterer ca. 800 Euro (1.599 DM) gratuliert wurde. In dem Schreiben hieß es, an dem Gewinn bestünde kein Zweifel! Zur Bestätigung war ein weiteres Schreiben einer „Offiziellen Kanzlei für Bargeld-Überweisungen“ beigefügt. Diese behauptete zur Auszahlung der Gewinnsumme ermächtigt worden zu sein. Die Klägerin müsse aber eine Bestellung im Wert von mindestens ca. 12,50 Euro (25 DM) aufgeben. Die Klägerin bestellte Waren im Wert von 12,50 Euro, trotzdem blieb die angekündigte Zahlung aus.

Entscheidungsgründe: Das Landgericht Potsdam verurteilte die niederländische Katalogfirma zur Zahlung von mehr als 34.000 Euro an die Klägerin. Als Anspruchsgrundlage wurde § 661a BGB

angewendet (vgl. Wortlaut oben). Das die verklagte Firma ihren Firmensitz in Holland hat, war nach Auffassung des LG Potsdam nicht erheblich.

VII. Radfahrer hat Mitverschulden an einem Unfall, wenn er ohne Beleuchtung fährt!
LG Coburg - Az.: 32 S 1/02 - Urteil vom 19.04.2002 – rechtskräftig!

Leitsatz (vom Verfasser nicht amtlich!): Kollidiert ein Radfahrer, der bei schlechten Witterungsverhältnissen ohne Beleuchtung fährt, mit einem Pkw, der ihm die Vorfahrt genommen hat, muss er mit einer Minderung seiner Schaden- und Schmerzensgeldansprüche rechnen.

Sachverhalt und Entscheidungsgründe: Der Radfahrer hatte auf Schadenersatz und Schmerzensgeld in Höhe von 1.500 € geklagt. Das LG Coburg sprach ihm jedoch nur 500 € zu. Nach Ansicht des LG Coburg ist es eine gravierende Sorgfaltspflichtverletzung, wenn man als Radfahrer bei schlechter Witterung ohne Beleuchtung fährt.

VIII. Haftung bei Teilnahme an gefährlichen Sportarten nur bei grober Fahrlässigkeit
OLG Nürnberg - Az. 2 U 4387/01 - Urteil vom 16.05.2002

Leitsatz (vom Verfasser – nicht amtlich!): Bei besonders gefährlichen Sportarten (*hier Motorcross*) kann schon in einer Beteiligung an diesen ein Haftungsausschluss für Schädigungen durch Mitbeteiligte liegen, jedenfalls dann, wenn dem Verletzer ein Verstoß gegen die jeweiligen Sportregeln nicht zur Last gelegt werden kann.

Das Urteil finden Sie auf meiner Homepage unter: <http://www.ra-kotz.de/motorcross.htm>

Humor: Wirtin unterliegt im Streit um nicht bezahlten Sauerbraten!

Im Streit um einen Sauerbraten hat das Amtsgericht im sächsischen Auerbach am 31.05.2002 die Klage einer Gastwirtin gegen einen Gast, der den von ihm bestellten Sauerbraten nicht bezahlt hatte, abgewiesen. Die Klägerin konnte nicht eindeutig beweisen, dass der von ihr servierte Braten tatsächlich mangelfrei war.

Sachverhalt: Ein Gast des Hauses hatte damals die Zahlung eines bestellten Sauerbratens verweigert. Er bemängelte die Soße als zu hell, mehlig und nach Schwein schmeckend und das Rotkraut sei verkocht gewesen. Am Braten aus Rindfleisch selbst und den dazu servierten Klößen hatte der Restaurantfachmann nichts auszusetzen. Trotzdem ließ er das gesamte Gericht zurückgehen. Die Wirtin stieß die Kritik des Gastes jedoch sauer auf. Sie fühlte sich in ihrer Ehre gekränkt und sah den Ruf ihres Restaurants in Gefahr. Auf den Rat der gerufenen Polizei strich sie das umstrittene Gericht im Wert von 13,80 DM (ca. 7 Euro) zunächst von der Rechnung, um die Zahlung später einzuklagen. Zur Klärung, ob der Sauerbraten von mittlerer „Art und Güte“ (*er somit mangelfrei war*) war, konnte auch ein Kochausbilder als Sachverständiger nur wenig beitragen; denn es fehlte ja der damalige Sauerbraten. Zwei Zeugen, die vom reklamierten Gericht probiert haben wollten, machten unterschiedliche Aussagen. Ein Freund des Beklagten bestätigte die Mängel, während der Freund der Wirtin das Gericht einwandfrei fand.

Nach dem Richterspruch muss die Gastwirtin nun nicht nur auf die 7 Euro verzichten, sondern auch noch die gesamten Gerichtskosten tragen.